

## 5 Jahre Dialogforum

---

Sehr geehrte Damen und Herren,

Ich spreche heute für die Gemeinden und Städte im Kreis Ostholstein sowie für den Projektbeirat.

5 Jahre Dialogforum! Welches Fazit kann aus unserer Sicht gezogen werden?

Die Fragen um das „ob“ im Zusammenhang mit den politischen und wirtschaftlichen Interessen einerseits und den Beeinträchtigungen für die Region andererseits konnten nicht abschließend geklärt werden.

Aussagen, Gutachten und Prognosen stehen sich nach wie vor gegenüber und haben in den einzelnen Sitzungen und Diskussionen bisweilen ratlose und mitunter unzufriedene Gesichter hinterlassen.

Gleichwohl war dieses Forum für die Gemeinden und Städte eine Plattform, um weitreichende Informationen über das Gesamtprojekt, die Zusammenhänge und die Abläufe zu erhalten.

Mit dem Forum haben wir die Möglichkeit bekommen, in einem kontinuierlichen Dialog auf die erheblichen Beeinträchtigungen für die Gemeinden und Städte,

insbesondere im Hinblick auf Lärm, Erschütterung, Zerschneidung von Flächen u.v.m. hinzuweisen und vor allem Bund, Land und Bahn hierfür noch stärker zu sensibilisieren.

Man muss aber vor allem fragen, was wäre, wenn es dieses Dialogforum nicht gäbe?

Dann würden bzw. müssten die Kommunen entweder allein oder im Zusammenschluss mit dem Kreis agieren, vornehmlich im Rahmen von Verwaltungsverfahren – später ggfs. auch Gerichtsverfahren – und versuchen, Einfluss zu nehmen.

Es wäre kein Dialog auf Augenhöhe, vermutlich mit einer gewissen Distanz und wegen der sich gegenüberstehenden Interessen auch mit weniger Informationen. Beteiligte würden nur temporär und sachbezogen eingebunden.

Die Initiative zur Einrichtung des Dialogforums war also richtig und wichtig.

Ausfluss dieses Prozesses sind auch der Landtagsbeschluss vom 23.01.2015 zur Einbindung der Ergebnisse des Dialogforums in die Planung und der Bundestagsbeschluss vom 23.01.2016, mit dem die grundsätzliche Möglichkeit eröffnet wurde, Maßnahmen zur Minderung der Beeinträchtigungen

ggfs. auch über das gesetzliche Maß hinaus umzusetzen.

Um diese neuen Chancen zu ergreifen, wurde die inhaltliche Arbeit des Dialogforums in Runden Tischen und in einem Projektbeirat intensiviert und forciert.

In der ersten Sitzung des Projektbeirates wurden bereits Anregungen und Forderungen formuliert. Ich bin gebeten worden, die heutige Sitzung zu nutzen, um diese sechs Punkte darzustellen:

1. Die Inanspruchnahme und die Zerschneidung von Flächen soll dadurch minimiert werden, dass Flurbereinigungsverfahren zeitnah durchgeführt werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, hierfür die finanziellen Möglichkeiten noch im Haushaltsjahr 2017 bereitzustellen.
2. Der Lärmschutz hat in den betroffenen Gemeinden und Städten eine hohe Priorität. Die Möglichkeiten und die Rahmenbedingungen für einen über das gesetzliche Maß hinausgehenden Lärmschutz sollen in einem Gutachten untersucht und dargestellt werden.

Der Kreis hat sich bereiterklärt, eine entsprechende Ausschreibung noch in diesem Jahr vorzubereiten und einen Auftrag zu erteilen.

Bund und Land werden aufgefordert, sich neben dem Kreis und den Kommunen an den Kosten zu beteiligen.

3. Auch im Zusammenhang mit dem Lärmschutz bittet der Projektbeirat das Bundesverkehrsministerium um Antwort zu den unterschiedlichen Prognosezahlen für die Schienentrasse und dazu, wie viele Züge aktuell auf der bestehenden Trasse von Kolding nach Elmshorn fahren, welche Startpunkte diese Züge haben und wie lang diese sind.
4. Für das weitere Verfahren hält es der Projektbeirat für sinnvoll, dass es der Bahn erleichtert wird, einen vorzeitigen Grunderwerb vor dem Planfeststellungsbeschluss tätigen zu können. Er fordert den Bund auf, den rechtlichen Rahmen darauf auszurichten.
5. Der Projektbeirat fordert den Bund auf, die Überlegung, einen gemeinsamen Haltepunkt Ratekau / Timmendorfer Strand im Hinblick auf das Bahnhofsumfeld und die Ausstattung dadurch zu unterstützen, dass die vorgesehenen Mittel für den Haltepunkt Timmendorfer Strand für einen neuen, gemeinsamen Haltepunkt Ratekau / Timmendorfer Strand zur Verfügung gestellt werden.

6. Zur Sicherstellung des internationalen, des regionalen und des Inselverkehrs sowie zur Gewährleistung von Einsatzzeiten für den Rettungsverkehr wird der Bund aufgefordert, die neue Überquerung der B 207 auf Fehmarn vorzuziehen und mit dem Ausbau der L 209 durchzuführen. Der Verkehr über die jetzige Amalienhofer Brücke muss bis zur Eröffnung der neuen Strassenüberquerung möglich sein.

Sie können anhand meiner Ausführungen erkennen, dass bereits in der ersten Sitzung des Projektbeirates viele wichtige Themen diskutiert worden sind, obgleich für detaillierte Vorschläge und Forderungen erst die Unterlagen und Gutachten des Planfeststellungsverfahrens vorliegen müssen.

Wir wünschen uns, dass Sie unsere Anliegen mitnehmen, prüfen und unterstützen. Für die Bürgerinnen und Bürger dieser Region, die Umwelt, die Landwirtschaft und für die Menschen, die auch künftig gerne in Ostholstein ihren Urlaub verbringen möchten.